

# Paderborner Volksblatt

## für Stadt und Land.

Nro. 70.

Paderborn, 12. Juni

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

### Uebersicht.

Entwurf der Verfassung des deutschen Reiches.  
Berlin, (das neue Gewerbegesetz; Gerücht über Aufhebung des Belagerungszustandes); Stuttgart (Sitzung der deutschen Nationalversammlung); Aus Kurhessen (Gerüchte); Von der Weser (die Parteien: Alt- und Neu-Deutschland); Karlsruhe (Unruhen; der König von Württemberg soll entflohen sein); Bremen (die Königin von Griechenland); Saarbrücken (die Straßeneckliteratur in Zweibrücken); Speier (Proclamation.)

Schleswig-Holstein (Gefecht auf den Düppeler Höhen.)

Ungarischer Krieg (Vom Kriegsschauplatz.)

Frankreich (Die Botschaft des Präsidenten.)

Rußland (Der Kaiser Nicolaus und die Bischöfe.)

Vermischtes.

### Entwurf

der

(von der preussischen, sächsischen und hannoverschen Regierung projectirten)

### Verfassung des deutschen Reiches.

(Bemerkung: Die mit der deutschen Reichsverfassung gleichlautenden Paragraphen sind meistens weggelassen. Diejenigen Stellen und Worte, die sich nur in der preussischen Vorlage befinden, sind gesperrt gedruckt; die anderslautenden Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung sind zwischen Klammern gesetzt.)

(Fortsetzung.)

#### Abchnitt IV.

#### Der Reichstag.

Art. I. §. 83. Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus. Art. II. §. 84. Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten. §. 85. So lange die deutsch-österreichischen Lande an dem Bundesstaate nicht Theil nehmen, vertheilt sich die Zahl der Mitglieder des Staatenhauses nach folgendem Verhältniß: Preußen 40, (Österreich 38), Baiern 20 (18), Sachsen 12 (10), Hannover 12 (10), Württemberg 12 (10), Baden 10 (9), Kurhessen 7 (6), Großherzogthum Hessen 7 (6), Holstein (Schleswig f. Reich §. 1) 6, Mecklenburg-Schwerin 4, Luxemburg-Imburg 3, Nassau 4 (3), Braunschweig 2, Oldenburg 2, Sachsen-Weimar 2, Sachsen-Coburg-Gotha 1, Sachsen-Meinigen-Hildburghausen 1, Sachsen-Altenburg 1, Mecklenburg-Strelitz 1, Anhalt-Deßau 1, Anhalt-Bernburg 1, Anhalt-Köthen 1, Schwarzburg-Sondershausen 1, Schwarzburg-Rudolstadt 1, Hohenzollern-Hechingen 1, Liechtenstein 1, Hohenzollern-Sigmaringen 1, Waldeck 1, Reuß ältere Linie 1, Reuß jüngere Linie 1, Schaumburg-Lippe 1, Lippe-De-mold 1, Hessen-Homburg 1, Lauenburg 1, Lübeck 1, Frankfurt 1, Bremen 1, Hamburg 2 (1), zusammen 167 (192) Mitglieder. (So lange die deutsch-österreichischen Lande an dem Bundesstaate nicht Theil nehmen, erhalten nachfolgende Staaten eine größere Anzahl von Stimmen im Staatenhause, nämlich: Baiern 20, Sachsen 12, Hannover 12, Württemberg 12, Baden 10, Großh. Hessen 8, Kurhessen 7, Nassau 4, Hamburg 2.) §. 86. Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten ernannt. (In denjenigen deutschen Staaten, welche aus mehreren Provinzen oder Ländern mit abgeänderter Verfassung oder Verwaltung bestehen, sind die durch die Volksvertretung dieses Staates zu ernennenden Mitglieder des Staatenhauses nicht von der allgemeinen Landesvertretung, sondern von den Vertretungen der einzelnen Länder oder Provinzen (Provinzialständen) zu ernennen. Das Verhältniß, nach welchem die Zahl der diesen Staaten zukommenden Mitglieder unter die einzelnen Länder oder Provinzen zu vertheilen ist, bleibt der Landesvertretung vorbehalten. Wo zwei Kammern bestehen und eine Vertretung nach Provinzen nicht stattfindet, wählen beide Kammern in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit.) Wo zwei Kammern bestehen, wird die Hälfte von jeder Kammer gewählt;

bei ungleichen Hälften fällt die größere auf das Volkshaus. (§§. 87 bis 98 entsprechen den §§. 89 bis 100.) §. 99. Ein Reichsbeschuß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser einerseits, so wie des Reichsvorstandes und Fürstencollegiums andererseits, gültig zu Stande kommen. Ein Reichstagsbeschuß, welcher die Zustimmung der Reichsregierung nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden. (Ist von dem Reichstage in 3 sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derselbe Beschuß unverändert gefaßt worden, wo wird derselbe auch wenn die Zustimmung der Reichsregierung nicht erfolgt mit dem Schlusse des dritten Reichstages zum Gesetz. Eine ordentliche Sitzungsperiode, welche nicht wenigstens 4 Wochen dauert, wird in dieser Reihenfolge nicht mitgezählt.) (§ 100 - 101, 5 entspricht § 102 - 103, 5) nur daß die einjährige Budgetperiode der deutschen Verfassung auf eine dreijährige in der preussischen verändert ist. 6) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus zur Verathung und Beschußnahme abgegeben. Wenn dieser Beschuß nicht dem des Volkshauses übereinstimmt, so geht das Budget zu fernerer Verhandlung an das Volkshaus zurück. Ein endgültiger Beschuß kann durch die Uebereinstimmung beider Häuser zu Stande kommen. (Diesem steht innerhalb des Gesamtbetrages des ordentlichen Budgets, so wie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig beschließt.) (Art. 7 und 8 gleichlautend.) (Art. VI. gleichlautend, nur §. 114. Es soll eine allgemeine Geschäftsordnung unter Zustimmung beider Häuser erlassen werden. Die Anwendung dieser Geschäftsordnung im Einzelnen, bleibt den Beschlüssen jedes Hauses vorbehalten.) (§. 116: Jedes Haus hat das Recht sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben. Die geschäftlichen Beziehungen zwischen beiden Häusern werden durch Uebereinkunft beider Häuser geordnet.) (Art. VIII. und IX. wesentlich gleich.) (Fortf. folgt.)

**Berlin, 6. Juni.** Die Gesellschaft „Teutonia“ den Freihandelsideen huldigend und hervorgerufen durch das neue Gewerbegesetz, hat in den letzten Tagen eine Adresse mit dritthalb Tausend Unterschriften bedeckt, an das Ministerium geschickt, um Aufhebung des Gewerbegesetzes zu erbitten. Dagegen schaaen sich die Handwerker Berlins unter Leitung des Vereins der selbstständigen Handwerker zur Wahrung ihrer Interessen zusammen, um eine Adresse im entgegen-gesetzten Sinne an das Ministerium zu erlassen. Bekanntlich ist das neue Gewerbegesetz ein Ergebnis des im Januar zu Berlin durch das Ministerium für Handel und Gewerbe zusammengerufenen Handwerkercongresses, und ist nur auf das inständigste Drängen des Handwerkerstandes erlassen worden. — Der Buchhalter Selgentreu ist im Augenblick, als er Liverpool auf dem Auswandererschiffe „Constantia“ verlassen wollte, um nach Amerika zu gehen, durch den Criminal-commissarius Simon verhaftet worden. Derselbe hat ihm 45000 Mthlr. in Stadtoobligationen unverkauft, außerdem ein Theil in baarem Gelde abgenommen. — Es hat sich in Berlin das Gerücht verbreitet, daß nächstens der hiesige Belagerungszustand aufhören soll, nachdem ein Gesetz über die Regelung des Vereinsrechts gegeben sei. Ich kann aber aus bester Quelle versichern, daß das Gerücht ein falsches ist; die bezeichneten Gesetze werden gegeben werden, aber der Belagerungszustand wird, wenigstens vor Eröffnung der Kammern, nicht aufgehoben werden.

**§ Stuttgart, 7. Juni.** (Erste Sitzung der deutschen National-Versammlung). Die Sitzung wurde gestern Morgen um 9 Uhr durch den Präsidenten Löwe eröffnet. Anwesend waren 103 Mitglieder, also die beschlußfähige Anzahl. Das Sitzungsort